Klaus-Rainer Rupp (MdBB)
Fraktion Die Linke in der Bremischen Bürgerschaft, Juli 2025

Eine Übergewinnsteuer für die Rüstungsindustrie

Unternehmen wie Rheinmetall haben seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ihre Umsätze und Gewinne exorbitant gesteigert. Ein Blick in die Bilanzen von Rheinmetall macht deutlich, dass sich die Gewinne auch gemessen am Umsatz stetig weiter erhöht haben, sie ergeben sich also nicht einfach aus einer größeren Nachfrage und einer Ausweitung der Produktionskapazitäten. Die operative Ergebnisrendite, also der Anteil des Gewinns am Umsatz, hat sich seit 2021 um fast 50% erhöht. Darüber hinaus prognostiziert das Unternehmen bis 2027 eine weitere Steigerung der operativen Ergebnisrendite auf ca. 18%.

	2021	**2022**	**2023**	**2024**
Umsatz	5.658	6.410	7.176	9.751
Operatives Ergebnis	594	769	918	1.478
Gewinn (EBIT)	608	738	897	1.345
Ergebnis nach Steuern	332	540	586	808
Operative Ergebnisrendite	10,5%	12,0%	12,8%	15,2%

(Geschäftsberichte Rheinmetall AG, Angaben in Millionen Euro)

Der Aktienkurs des Düsseldorfer Konzerns ist seit dem 22.2.2022 sogar um den Faktor 20 gestiegen. 40% des Gewinns nach Steuern wurde bei Rheinmetall im vergangenen Jahr an die Aktionär*innen ausgeschüttet. Zu den meldepflichtigen Großaktionären gehören Banken und institutionelle Finanzdienstleister wie Morgan Stanley, Blackrock und Goldman Sachs, die zusammen auf einen Anteil von 36% der Aktien kommen.

Abbildung 1: Aktienkurs der Rheinmetall AG u.a. seit 2020, Quelle: Elkon Refinitiv

Ein ‚freier Markt' für Rüstung existiert nicht.

„Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist der Rüstungsmarkt als Oligopol zu charakterisieren"[1]. Ein Oligopol ist ein Markt, der von wenigen großen Unternehmen dominiert wird, die einen signifikanten Anteil am Markt haben und deren Entscheidungen die Preise und das Angebot beeinflussen. Wenige größere Unternehmen dominieren den Markt und stoßen dabei auf nur wenige Nachfrager – eine geringe Zahl von Staaten. Folglich konzentrieren sich Umsätze und Beschäftigung meist auf wenige, große Unternehmen. Alle großen Unternehmen in diesem Sektor haben enge Beziehungen zu Regierungen weltweit. Bei einigen großen europäischen Rüstungsfirmen halten Staaten auch selbst erhebliche Anteile (beispielsweise an Hensoldt, Saab, Thales, KNDS). Außerdem gibt es im Rüstungssektor relativ viele Beteiligungen untereinander (so erlaubte das Bundeskartellamt jüngst die Übernahme von 25,1% an der Renk Group durch den KNDS-Konzern), wodurch die Marktkonzentration noch weiter erhöht wird.

Zusätzlich wird durch die hohen Markteintrittsbarrieren das Oligopol gefestigt und ein „freier Markt" faktisch ausgeschlossen. Enorme Entwicklungskosten, die sich oft erst über Jahrzehnte amortisieren, schließen kleinere oder neue Anbieter von vornherein aus. Hinzu kommen aufwändige, teils intransparente Zertifizierungs- und Zulassungsverfahren sowie umfangreiche Sicherheitsüberprüfungen für Unternehmen und deren Personal. Diese Anforderungen können in der Praxis nur von wenigen, oft bereits etablierten Rüstungskonzernen erfüllt werden. Die technologische Komplexität verlangt zudem jahrzehntelange Expertise und den Zugang zu hochspezialisierter Infrastruktur – beides ist in den Händen weniger Großunternehmen konzentriert. All diese Faktoren zementieren die Oligopolstruktur des Marktes, in dem wenige Konzerne, eng verflochten mit staatlichen Akteuren, die Produktions- und Preisgestaltung dominieren. Ein demokratischer, transparenter und an gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierter Umgang mit Sicherheit und Verteidigung ist unter diesen Bedingungen kaum möglich.

Kreditfinanzierte Rüstungsproduktion erzeugt private Gewinne.

Das erste Sondervermögen für die Rüstung hatte bekanntlich ein Volumen 100 Mrd. Euro. Es ist komplett kreditfinanziert. Damit sind Flugzeuge, Panzer, Schiffe, Raketenabwehrsysteme u.a.m. gekauft und bestellt worden. Sie haben damit den Rüstungsunternehmen Umsätze in Höhe 100 Mrd. Euro beschert. Legt man eine Umsatzrendite vor Steuern von 15% zu Grunde, bedeutet das ca. 5 Mrd. Steuern, die in die öffentlichen Haushalte zurückfließen und eben ca. 10 Mrd. Euro an privaten Gewinnen. Aus öffentlichen Krediten sind private Gewinne geworden.

[1] IHK Schwaben: Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, Kurzbericht (2023)

Rüstungsproduktion schafft kein nachhaltiges Wachstum.

Die aktuelle Fokussierung der Wirtschaftspolitik auf Rüstungsproduktion durch EU und Bundesregierung verkennt, dass Investitionen in Rüstung – anders als in anderen Bereichen wie beispielsweise der Forschung – nicht oder nur sehr begrenzt für zusätzliches Wachstum sorgen. Ein Beispiel: Ein kommerzielles Containerschiff ermöglicht Lieferketten, generiert Einnahmen und „reproduziert“ damit seine Anschaffungskosten, es erhält und erneuert Produktionsmittel. Eine militärische Fregatte wird bestellt, hergestellt und gewartet. Das Kriegsschiff ermöglicht abgesehen von Arbeitsplatzeffekten bei Herstellung und Wartung keinerlei ökonomischen Beitrag, es bindet volkswirtschaftlich und fiskalisch Ressourcen, ohne zur Wertschöpfung beizutragen („totes Kapital“).

Verschiedene Ökonom*innen haben diesen Effekt empirisch belegt[2]. Die Mannheimer Ökonomen Tom Krebs und Patrick Kaczmarczyk stellen entsprechend fest: „Kurz gesagt: Aus ökonomischer Sicht ist die geplante Militarisierung der deutschen Wirtschaft eine risikoreiche Wette mit niedriger gesamtwirtschaftlicher Rendite.“[3]

Es ist deshalb auch wirtschaftspolitisch unbedingt nötig, auf nachhaltige Investitionen im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation zu setzen und nicht auf kurzfristige, einseitige Ansiedlungen von Panzerfabriken. Dies gilt erst recht, weil die erheblich gestiegenen Einstellungszahlen der Rüstungsindustrie den Fachkräftemangel an anderer Stelle weiter zuspitzen.

Eine Übergewinnsteuern für Rüstungsbetriebe muss her.
Weil die Marktmacht der Rüstungsindustrie die Preise für die Staaten faktisch diktieren kann und steigende Ausgaben für militärische Güter keine nachhaltigen Investitionen darstellen, ist eine dauerhafte Schuldenfinanzierung – wie bei anderen konsumtiven Ausgaben auch – für Staatshaushalte auf lange Sicht durch steigende Kosten für Zins und Tilgung problematisch. Deshalb wird es Zeit, die explodierenden Gewinne der Rüstungsbranche für die Refinanzierung heranzuziehen.

Die USA, Frankreich und England haben solche Steuern in den Weltkriegen erhoben, teils mit Steuersätzen von 95% wie in den USA im Jahr 1943. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages schreibt dazu: „Anlass dafür waren zum einen der gestiegene öffentliche Finanzbedarf, zum anderen die stark gestiegenen Umsätze und Gewinne bestimmter Branchen, die vom Krieg wirtschaftlich profitierten.“[4] Beides trifft heute wieder zu. Deshalb setzt sich die Fraktion Die Linke in der Bremischen Bürgerschaft für eine Übergewinnsteuer ein, die die Bundesregierung – möglichst im Zusammenspiel mit europäischen Partnern einführen muss.

---

[2] Heo: The Relationship between Defense Spending and Economic Growth in the United States (2010). Banerjee, Karavias und Wang gehen sogar von einem negativen Zusammenhang zwischen Militärausgaben und Wirtschaftswachstum aus: The impact of military spending on economic growth: A threshold regression analysis (2023)
[3] Krebs, Kaczmarczyk: Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland (2025)
[4] Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages: Übergewinnsteuer – historische Hintergründe, aktuelle Diskussion und rechtliche Fragen (2021)

Wie würde unsere Übergewinnsteuer wirken?

Ausgangspunkt sollte das Basisjahr 2021 und die operative Ergebnisrendite (Marge) sein: Alle zusätzlichen Gewinne im Verhältnis zum Umsatz sollten mit 70% besteuert werden. Im Falle Rheinmetalls stellt sich die Rechnung im Vergleich wie folgt dar:
Nach Einführung der Übergewinnsteuer, die die operative Ergebnisrendite auf das Vorkriegsjahr 2021 fixiert und alles darüber mit 70% besteuert ändern sich die Geschäftszahlen wie folgt:

	2021	**2022**	**2023**	**2024**
Umsatz	5.658	6.410	7.176	9.751
Operatives Ergebnis	594	769	918	1.478
Gewinn (EBIT)	608	738	897	1.345
Ergebnis nach Steuern	332	540	586	808
Operative Ergebnisrendite	10,5%	**10,5%** (12,0%)	**10,5%** (12,8%)	**10,5%** (15,2%)
Übergewinnsteuer		**- 67**	**- 115**	**- 321**
Ergebnis nach Steuern und Übergewinnsteuer		**473**	**471**	**487**

Die zusätzliche „Steuerquote“ durch die Übergewinnsteuer hätte die Gewinne nach Steuern in den vergangenen drei Jahren in Summe um gut ein Viertel reduziert, gemessen an den Renditen und gezahlten Dividenden des Konzerns und den Rüstungsausgaben der Bundesregierung ein moderater aber dringend nötiger Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit.

Redaktion: Christoph Höhl, Leandra Hanke